Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Amtsamt 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Amtsamt 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 628. Sonntag, 21. Dezember 1919. Morgen-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Die Bekämpfung der Bolschewiki.

Amerika läßt Japan freie Hand.

Drahtmeldung.

Paris, 20. Dezember.

Wie der Berichterstatter des „Matin" in Washington meldet, hatten Staatssekretär Lansing und der japanische Botschafter Anfang Dezember eine lange Besprechung über die Mittel einer wirksamen Bekämpfung der Bolschewisten. Obwohl die Vereinigten Staaten kein unmittelbares Interesse wie Japan daran hätten, die Bolschewisten an der Festsetzung in Wladiwostok zu hindern, hielten sie es doch für dringend geboten, die militärische Maschine Lenins und Trotzkis zu zertrümmern. Ein Eingreifen der Vereinigten Staaten in Sibirien sei durchaus unsicher. Die Regierung könne ohne Zustimmung des Kongresses, von dem gewisse Mitglieder überhaupt gegen eine Einmischung seien, nichts tun. Außerdem allein werde Japan, wenn nötig, allein handeln. Amerika werde dagegen keinen Einspruch erheben.

* * *

Die bolschewistischen Heeresberichte melden eine Reihe von weiteren Erfolgen. Neben einer Verfolgung Kolischaks in der Richtung nach Osten, wo sie schon Nowo-Nikolajewsk (400 englische Meilen östlich von Omsk) besetzt halten, haben sie einen weiteren Vorstoß nach dem Süden der transsibirischen Bahn, in der Richtung nach der Nordwestspitze der Mongolei gemacht, sie nahmen hierbei Barnaul südlich von Nowo-Nikolajewsk am Fluß Ob) und marschierten auf Ust-Kamenogorsk (am Oberlauf des Flusses Irtysch an der Grenze des Semipalatinskgebietes).

Während Denikin meldet, daß Charkow „in Ausführung von früher gefaßten Plänen" geräumt wurde und die Truppen neue Stellungen südlich der Stadt eingenommen haben", berichten die Bolschewiken, daß sie nördlich von Pirjatin (zwischen Kijew und Poltawa) den Stab des Kavalleriekorps des Generals Mamontow gefangen genommen haben. (General Mamontow wurde in der letzten Zeit häufig genannt, da er mit großem Geschick mit seiner Kavallerie im Rücken der bolschewistischen Truppen operierte und ihnen viel Schaden zufügte.)

Der Abwehrkampf der Esten.

V. Kopenhagen, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Revaler Nachricht der „Rational Tidende" sind wieder partnäckige Kämpfe zwischen den Esten und den Bolschewiki im Gange. Der Block des Roten Heeres erweist sich auf die Dauer als so stark, daß sich die Esten nur noch mit äußerster Kraftentfaltung in ihren Stellungen halten können. Wenn keine Hilfe von außen kommt, ist zu befürchten, daß die Esten den Kampf einstellen und auf die Friedensbedingungen der Bolschewiki eingehen werden.

Berthelot in London.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 20. Dezember.

Der Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay, Berthelot, reist morgen nach London, um mit Lord Curzon die türkische Angelegenheit zu besprechen. Berthelot wird damit die Verhandlungen fortsetzen, die er während der Londoner Besprechungen mit dem Foreign Office geführt hatte, hierbei aber die Wünsche der Pariser politischen Kreise genauer bestimmen.

Die Regelung der türkischen Frage scheint demnach endgültig bevorzustehen, und es ist aus diesem Anlaß vielleicht angebracht, an die Wandlungen zu erinnern, welche die Verbandspolitik in dieser Frage seit dem Waffenstillstand durchgemacht hat. Während die Friedenskonferenz im Anfang ihres Bestehens die Türkei ausschalten und ein freies Armenien, ein französisches Libanongebiet und eine englische Zone in Mesopotamien schaffen wollte, während Griechen und Italiener gewisse Gebiete an der kleinasiatischen Küste erhalten, die übrigen Gebiete der Türkei aber unter amerikanisches Protektorat fallen oder arabischen Sultanaten zugesprochen werden sollten, ist heute von allen diesen Plänen garnichts übrig geblieben.

Die politischen Ententekreise sind heute infolge der Vorgänge in der Türkei, der islamischen Bewegung in Aegypten, Indien und Afghanistan, infolge der Errichtung eines englischen Protektorats über Persien, infolge der von Emir Feisl, hall geleiteten arabischen Propaganda in Syrien und schließlich infolge der nationalistischen Bewegung Kemal Paschas, die auch schon auf Konstantinopel übergegriffen hat, zu der Einsicht gelangt, daß der Fortbestand der Türkei unter gewissen Bedingungen gesichert werden müsse. Man arbeitet also heute im Gegensatz zu den früheren Absichten wieder einmal darauf hin, französische und englische Einflußzonen in einer nach außen hin selbständigen Türkei zu verteilen.

Mit der türkischen Regierung ist bisher offiziell noch nicht Fühlung genommen worden, abgesehen von den seinerzeitigen fruchtlosen Pariser Verhandlungen. Dagegen sind, wie wir erfahren, wiederholtlich Konstantinopel in bemangedeuteten Sinne Fühlungsversuche gemacht worden.

Die in Paris und London in letzter Zeit eingetroffenen Nachrichten haben die Notwendigkeit gezeigt, daß das türkische Problem nunmehr schnellstens gelöst werden muß, und die grundsätzlichen Beschlüsse werden bereits für die nächsten Tage erwartet. Die Verhandlungen Berthelots in London sollen die ganze Angelegenheit so weit fördern, daß die Einladung an eine türkische Friedensdelegation Mitte Januar ergehen kann und der Friedensschluß mit der Türkei ungefähr Mitte März vollzogene Tatsache sein dürfte. Von amerikanischer Seite ist gegen diese Pläne Lloyd Georges und Clemenceaus bisher Einspruch nicht erhoben worden. Es ist also zu erwarten, daß die Lösung des türkischen Problems ohne die Mitwirkung Amerikas sich vollziehen wird.

Die Kompensationen für Scapa-Flow.

Der französische Standpunkt.

Drahtmeldung.

Paris, 20. Dezember.

Wie „Petit Parisien" mitteilt, wird in der heute nachmittag stattfindenden Sitzung des Fünferrates Frankreich jedenfalls Vorschläge über die Lösung der Frage der Kompensationen für die zerstörten Schiffe von Scapa Flow machen. Marineminister Leygues und Wirtschaftsminister Loucheur seien zu einem Kompromiß gelangt. Frankreich werde auf seiner Forderung auf Lieferung der 5 leichten Kreuzer bestehen, werde sich aber entgegenkommend hinsichtlich der Lieferung des Hafenmaterials zeigen. Man habe Grund, anzunehmen, daß England sich diesem Standpunkt nicht widersetzen werde.

Das Blatt meint, die alliierte Marinekommission in Berlin werde sich nach Danzig und Hamburg begeben, um Feststellungen über das Material der beiden Häfen zu machen. „Excelsior" glaubt sich berechtigt, nach Mitteilungen aus diplomatischen Kreisen diese Nachricht zu dementieren. Vorerst könne von keiner Feststellung an Ort und Stelle die Rede sein. Auch dieses Blatt glaubt, daß die notwendigen Rückfragen die baldige Lösung der Kompensationsfrage nicht lange hinausschieben werden. „Petit Journal" sieht deshalb voraus, daß die Unterzeichnung des Protokolls noch vor Weihnachten und der Austausch der Ratifikationsurkunden so rasch erfolgen werde, daß der Friedenszustand am 1. Januar eintreten könne.

Die ganze Entschädigung für Frankreich?

St. Haag, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) „Manchester Guardian" bringt, daß England in der Frage von Scapa Flow nicht berechtigt sei, eine Entschädigung zu verlangen, weil es durch die Versenkung der deutschen Schiffe keinen Schaden erlitten habe und daß daher die ganze Entschädigung Frankreich zufallen müsse. Die Behauptung, die Versenkung sei eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen gewesen, ist Unsinn.

„New York Times" berichten, die französische Regierung lenke die Aufmerksamkeit des Obersten Rates auf die Tatsache, daß Frankreich nur 250 000 Tonnen deutschen Schiffsraum zugewiesen erhält, während die Verluste Frankreichs im Kriege 900 000 Tonnen betragen.

Die Anerkennung von Deutschlands Vertragstreue.

Nach einer Amsterdamer Meldung vom 17. Dezember sollte Churchill dem Unterhaus mitgeteilt haben, daß Deutschland noch erhebliches Kriegsgerät zum Ausliefern müsse, da es damit noch im Rückstand sei. Diese Meldung war falsch und beruhte auf einem Uebersetzungsfehler. Nach dem jetzigen englischen Text hat Churchill in seiner Rede lediglich erklärt, was von Deutschland ausgeführt worden wäre, und hat anerkannt, daß die deutsche Regierung den Verpflichtungen nach Möglichkeit nachgekommen ist. Auch die deutsche Friedenskommission bestätigt, daß auf Antrage, daß Deutschland den ihm im Waffenstillstandsvertrag unter eigenen Verpflichtungen zur Abgabe von Waffen aller Art und Munitionen restlos nachgekommen ist.

Der Ansturm gegen das Kabinett Zahle.

Eigene Drahtmeldung.

V. Kopenhagen, 20. Dezember.

Der dänische Landwirtsverband sowie eine Reihe nationaler und wirtschaftlicher Vereinigungen haben eine von 47 Vertretern unterzeichnete Entschließung der Regierung und dem Rigsdag eingereicht.

Es heißt darin, daß die nordschleswigsche Politik des Ministeriums Zahle allgemeine Unruhe in allen Bevölkerungsschichten hervorgerufen habe. Das dänische Volk könne dies Ministerium nicht das Recht zuerkennen, im Namen des Volkes unsichere Antworten in der nordschleswigschen Frage zu treffen, da das Ministerium noch durch keine Wahl, das Mandat erworben habe, diese große nationale Frage zu lösen. Die Entschließung fordert die augenblickliche Ausschreibung der vom Ministerium versprochenen Neuwahlen.

Bei der Ueberreichung der Entschließung erklärte Minister Zahle, daß die Regierung den Wunsch nach Abhaltung von Neuwahlen teile; es habe deshalb ein Vorschlag auf Aenderung des Wahlgesetzes vom Reichstag vorgelegt.

Engländer für Heimsendung unserer Gefangenen.

St. Haag, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus London gemeldet wird, haben 25 bekannte Engländer und englische Frauen Lloyd George eine Denkschrift zugestellt, welche die englische Regierung ersucht, auf die schleunige Zurückschaffung der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen hinzuwirken.

20 000 Tonnen Eisenerze in Stettin eingetroffen.

Stettin, 20. Dezember. Während die Verbandskommission seit der fast dreimonatigen Ostseesperre Freifahrtscheine für deutsche Erzdampfer nicht erteilt hatte, wenn die Ladung für deutsche Eisenwerke bestimmt war, hat sie dies zum ersten Male für fünf Dampfer der Stettiner Reederei Kunstmann zugelassen, weil die Ladung für tschecho-slowakische Eisenwerke bestimmt war; diese fünf Dampfer, mit zusammen 20 000 Tonnen Eisenerz, sind heute nachmittag hier eingetroffen und werden alsbald in Kähne entlöscht, die die Ladung nach Westen bringen, von wo sie mit der Bahn an ihren Bestimmungsort befördert werden.

Baden gegen den Einzelstaat.

ok. Karlsruhe, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Badische Staatsanzeiger" erhebt in einem offiziösen Leitartikel in scharfen Worten Einspruch gegen den im preußischen Landtag eingebrachten Antrag der Mehrheitsparteien auf Schaffung eines deutschen Einheitsstaates. Der Aufsatz bringt zum Ausdruck, Baden werde sich mit allen erlaubten Mitteln gegen die Verpreußung zur Wehr setzen; es habe aus der Vergangenheit gelernt. Im Schluß des Artikels wird die badische Bevölkerung aufgefordert, zu dem preußischen Antrag Stellung zu nehmen. Eine entrüstete Ablehnung sei heute schon zweifellos.

Ein Schlag ins Wasser.

Die Rechtspresse ist über den Mißerfolg, den die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei in der Nationalversammlung mit ihrer Interpellationstattik erlitten haben, sehr betrübt und erbittert. Die „Deutsche Zeitung" gibt offen zu, daß diese Aktion ein „Schlag ins Wasser" gewesen sei, und schiebt die Schuld zur zweiten schlimmen Ausgang teils einem intriganten „Schachzug" der Sozialdemokratie und Erzbergers, die gemeinsam das Manöver beherrschten, teils auch der Geschäftsführung des Präsidenten der Nationalversammlung zu. Jede Anzweiflung der Loyalität Fehrenbachs in seiner Amtsführung als Präsident der Nationalversammlung ist ein so unsinniges und lächerliches Unternehmen, daß es sich nicht verlohnt, ein Wort darüber zu verlieren. Sehr sonderbar erscheint es jedoch, daß die Rechtsparteien der Reichsregierung einen Vorwurf daraus machen wollen, daß sie die von diesen Parteien eingebrachten und als äußerst wichtig bezeichneten und weitläufig begründeten Interpellationen rasch beantwortet hat.

Der mißglückte Vertagungsantrag ist der beste Beweis dafür, daß den Rechtsparteien die sich soviel Mühe mit der Formulierung der Interpellationen gegeben hatten, an der Beantwortung nicht viel gelegen war. Aus den Aeußerungen der „Deutschen Zeitung" aber, die es wohl wissen dürfte, geht klar hervor, daß es der Wunsch der beiden Rechtsparteien gewesen war, die Behandlung der Interpellationen unbekümmert um die immer wieder betonte große Wichtigkeit der angeschnittenen Frage bis nach den Weihnachtsferien zu verzögern. So unlogisch das erscheinen könnte, so ist der Grund doch klar ersichtlich. Es war den beiden Parteien weniger um die Antwort der Regierung, als um die Propagandawirkung der beiden Anfragen zu tun. Während der Weihnachtsferien wollte man draußen im Lande einen beträchtlichen Lärm schlagen. Die schnelle Antwort der Regierung hat den schönen Plan zerstört, umsomehr, als sie zugleich eine gründliche Abfertigung für die Deutschnationalen und die „Deutsche Volkspartei" gewesen ist. Die üble Laune der Rechtspresse über diesen Mißerfolg ist daher wohl zu verstehen.

Allerdings, es war ein „Schlag ins Wasser."

Anschluß der Deutschen aus englischen Kolonien.

St. Gall, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Im englischen Unterhause wurde mitgeteilt, daß kein Deutscher während der nächsten drei Jahre ohne besondere Erlaubnis des Kolonialministeriums in eine englische Kolonie oder eine frühere deutsche Kolonie, für die England ein Mandat erhalten hat, zugelassen werden soll.

Die Steuergesetze im Reichsrat.

Sämtliche Vorlagen angenommen.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die am Sonnabend nachmittag unter Vorsitz des Ministers David stattfand, erteilte der Reichsrat mehreren Gesetzen in der von der Nationalversammlung beschlossenen Fassung seine Zustimmung, u. a. dem Gesetz über das Reichsnotopfer, über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, ferner dem Umsatzsteuergesetz. Gegen die von der Nationalversammlung auf Grund von Initiativanträgen beschlossenen Gesetze über weibliche Angestellte in Gastwirtschaften und über den Generalparteien in Steuersachen wurde kein Einspruch erhoben. Zu einer Erörterung war es nur bei dem Umsatzsteuergesetz gekommen.

Hierzu bedauerte namens der braunschweigischen Regierung der Gesandte von Bode, daß durch die Streichung des § 48 der Regierungsvorlage die Warenhausteuer in Fortfall gekommen sei. Auch gab Vertreter Preußens, Unterstaatssekretär Göhre und Ministerialdirektor Nebis schließlich sich den Darlegungen des braunschweigischen Vertreters an. Gegenüber dem Unterstaatssekretär Moeller wurde darauf hingewiesen, daß heute mit jedem Pfennig an Steuern gerechnet und ein Ausgleich verlangt werden würde, wenn möglich bei einem anderen Steuergesetz.

Zugestimmt wurde einer Verordnung über Mitwirkung der feuerpolizeilichen Maßnahmen bei der Einfuhr von Vieh aus Amerika. Ferner wurde angenommen eine ergänzende Bestimmung zu der früheren Verordnung vom 19. November 1914 über Tagegelder und Fahrkosten für Sachverständige der nach dem Gesetz über die Kriegsleistungen zu bildenden Schätzungskommissionen. Es handelt sich hier insbesondere um eine Erleichterung der Vorspannleistungen im besetzten Gebiet. — Angenommen wurde ferner eine Verordnung über die Malzkontingente der Bierbrauereien im Rechnungsjahre 1919/20. Hierbei wurde von verschiedenen Seiten Gewicht darauf gelegt, daß künftig eine Bevorzugung der bayerischen Brauereien nicht mehr stattfinden dürfe.

Weiter beschäftigte sich der Reichsrat noch mit der Frage, wie er eine bessere Sicherung dafür erhält, daß die von der Nationalversammlung in dritter Lesung beschlossenen Entwürfe ihm rechtzeitig zugehen, damit er womöglich sein Einspruchsrecht ausüben könne. Entsprechende Vorschläge des Ausschusses dazu wurden angenommen. Dann teilte Minister Dr. David mit, daß, falls nicht besonders wichtige und dringliche Sachen kämen, die nächste Sitzung des Reichsrats voraussichtlich erst am 12. Januar 1920 stattfinden werde. Er wünschte den Reichsratsmitgliedern gesegnete Festtage, und schloß mit dem Wunsche frohen Wiedersehens allerseits zum neuen Jahr.

Drei Konferenzen.

Von

Oscar Müller.

Am 15. Dezember wurde in Paris die Note der deutschen Regierung überreicht; sie macht einen letzten Versuch, die Fragen des Zusatzprotokolls entgegenkommend zu lösen, die von der Entente in zwölfter Stunde zwischen Krieg und Frieden aufgerichtet worden waren. Sie erklärt nochmals, daß der zugemutete Schadensersatz für Scapa Flow nicht in der vorgesehenen Art geleistet werden könne, daß sie aber durch eine Kommission von Sachverständigen bestimmte Vorschläge über eine andere Art des Schadensersatzes machen werde. Diese deutsche Note liegt zurzeit dem Obersten Rat der Alliierten vor; eine Entscheidung ist nicht so schnell erfolgt, wie viele, namentlich französische Blätter, vorausgesagt hatten. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß der französische Ministerpräsident Clemenceau mit einer leichten Rippenquetschung, der Folge eines Sturzes auf der Ueberfahrt über den Kanal, nach Paris zurückgekehrt ist und der Ruhe und Schonung bedarf; vor allem aber darauf, daß die deutschen Gegenvorschläge über den Sachverständigen der Entente zur Prüfung überwiesen wurden, was, wenigstens vorläufig, eine Entpolitisierung der Schadensersatzfrage und die Betonung ihres technischen Charakters bedeutet. Das dritte Moment endlich, das auf eine sorgsame Behandlung dieser letzten Etappe zum Frieden Einfluß genommen zu haben scheint, ist die Aussprache, die in der vergangenen Woche zwischen den leitenden Staatsmännern der Entente oder zugezogenen Botschaftern in London stattgefunden hat, und deren unerwähnter, aber wichtigster Verhandlungsgegenstand sicherlich der Frieden mit Deutschland gewesen ist.

Als eine Folge dieser drei, schnellen, abrupten Entschlüssen widerratenden Umstände kann es angesehen werden, daß die deutsche Note in der öffentlichen Meinung Frankreichs und Englands eine Aufnahme gefunden hat, aus wir zwar eine allgemeine Veränderung der Auffassungen gegenüber dem Frieden mit Deutschland nicht erkennen können, die aber wenigstens einiges Verständnis dafür zeigt, daß der Satz „ultra posse nemo obligatur", daß niemand über das Maß seiner Kraft verpflichtet werden kann, auch auf einen völlig wehrlosen Gegner angewendet werden muß, wenn man überhaupt noch von Politik sprechen will. Für die letzte Entscheidung wollen diese Stimmungen, die wir der fremden Presse entnehmen, sicheres nichts besagen; es steht also heute durchaus noch nicht fest, ob die deutsche Absicht, die verheerenden Wirkungen der letzten Ententeforderung in das Möglichste und Erträglichste abzubiegen, Erfolg haben wird oder nicht. Aber das eine scheint immerhin erreicht worden zu sein, daß die entente und ungweideutige Bekundung unseres sonnigen Willens, durch Vertragstreue zum Vertragsfrieden zu kommen, auf die Entente nicht ohne Eindruck geblieben ist, und daß bei ihr, begünstigt durch jene oben angeführten Momente, die zur Selbsteinkehr und Selbstbeherrschung gemahnt haben mögen, die frühere Auffassung im Rückzug begriffen ist, als beabsichtige die deutsche Regierung, durch eine Politik intransigenter Winkelzüge übernommenen Verpflichtungen sich zu entziehen.

Wenn sich dies als bleibende Folge der besonnenen und ruhigen deutschen Politik befestigen sollte, so wäre damit aber die materielle Bedeutung der Entschädigungsfrage hinaus etwas Positives für den Aufbau der künftigen Beziehungen zwischen den beiden großen Völkerlagern geschaffen, die als Grundlage ein gewisses Maß von Vertrauen unbedingt erfordern. Nur falls dies gelingt, werden die sachlichen Opfer, die Deutschland auch dann zu bringen hat, wenn seine Vorschläge angenommen werden, sich in einem höheren politischen Sinne rechtfertigen lassen. Sie bleiben schwer genug, wird Deutschland verpflichtet, seine geringe Leistungsfähigkeit im Schiffsbau über die Vorschriften des Versailler Vertrags hinaus der Entente zur Lieferung der verlangten Docks und Bagger zur Verfügung zu stellen und so die dringliche Sorge für den Wiederaufbau seiner Handels- und Fischereiflotte zurückstreten zu lassen. Wenn wir erst einmal überleben können, was uns die Zerstörung der deutschen Flotte vor Scapa Flow kostet, so wird ein Wort der Mahnung am Platze sein, das alle diejenigen an ihre hohe Verantwortung dem Volksganzen gegenüber erinnert, die etwa in den künftigen zahlreichen Auseinandersetzungen mit den Gegnern über Auslegung der Friedensvorschriftungen zu der Auffassung neigen sollten, nach Gesichtspunkten eines Ressorts oder nach den Anschauungen eines Standes zu urteilen. Jeder Deutsche und jede deutsche Behörde muß sich künftig mehr als je vor Augen halten, daß Handlungen, die der Entente gegenüber verpflichten, nur nach den Gesichtspunkten der allgemeinen Politik vorgenommen werden dürfen, und daß nichts, aus dem die Allgemeinheit verpflichtet werden kann, ohne die Entscheidung der verantwortlichen Regierung zu geschehen hat. Die Gesamtschuldnerschaft des deutschen Volkes, die uns die Entente im Frieden und im Zusatzprotokoll drastisch aufstellen, bedinnt die moralische Solidarität aller Deutschen und verbietet jede Extravaganz, man sie menschlich oder national noch so gerechtfertigt sein. — —

Ueber die Verhandlungen der letzten Woche in London liegen neben Aeußerungen der Presse, in denen man wohl vorübergehende Stimmungen und einzelne Strömungen der aus vielfachen Interessen zusammengesetzten Ententepolitik erkennen kann, aber kein zuverlässiges Bild von der politischen Behandlung der Ausprache geben, amtliche Aeußerungen des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George im Unterhaus vor. Man hat jedoch den Eindruck, daß auch diese nur die Oberfläche der Dinge einigermaßen skizzieren, daß sie jedoch den Kern dessen, was in London beschlossen wurde und nicht beschlossen werden konnte, mit der Geheimhaltung und Diskretion decken, die nicht aufgehört haben, ein Mittel der Diplomatie und Staatskunst zu sein. Daß Lloyd George die Beziehungen der Entente zu Deutschland als Beratungsgegenstand gar nicht erwähnt, ist natürlich kein Beweis dafür, daß darüber nicht gesprochen wurde; aus dem Schweigen aber zu schließen, daß die Entente in London alte Richtlinien ihrer Politik gegen Deutschland verließ, ohne sich auf neue einigen zu können, wäre eine durch nichts gestützte Konjekturalpolitik. Wir werden also gut daran tun, uns auf Rätselraten in keiner Weise einzulassen und nicht von der Grundlage unserer Politik abzuweichen, die in dem Bunde ehemaliger Kriegsfeinde auch für die nächste Friedenszeit eine sympatische Interessengemeinschaft sieht, die wir durch das Medium des Versailler Friedens zu betrachten und zu behandeln haben. Diese reale Anschauung der Dinge schützt vor Illusionen, die sich etwa an die Stellung der Vereinigten Staaten zum Frieden, an die Gestaltung des englisch-französischen Garantievertrages oder an die Hindernisse knüpfen könnten, die sich